



Medienkommentar

# Zwei sich widersprechende UN-Berichte zur Lage in Eritrea



Schweizer Medien meldeten in der vergangenen Woche, dass der Schweizer Bundesrat in Betracht zieht, die Entwicklungszusammenarbeit mit Eritrea wieder aufzunehmen. Die meisten Flüchtlinge in der Schweiz, wie übrigens auch in Deutschland, stammen aus Eritrea. Gemäß dem Bundesrat werde sich daran solange nichts ändern, wie sich die politische, wirtschaftliche und menschenrechtliche Situation in Eritrea nicht verbessere.

Schweizer Medien meldeten in der vergangenen Woche, dass der Schweizer Bundesrat in Betracht zieht, die Entwicklungszusammenarbeit mit Eritrea wieder aufzunehmen. Die meisten Flüchtlinge in der Schweiz, wie übrigens auch in Deutschland, stammen aus Eritrea. Gemäß dem Bundesrat werde sich daran solange nichts ändern, wie sich die politische, wirtschaftliche und menschenrechtliche Situation in Eritrea nicht verbessere. Der Bundesrat erinnerte dabei an den Bericht eines UN-Untersuchungsausschusses für Menschenrechte vom 8.6.2016, laut dem Sklaverei, Folter, außergerichtlichen Hinrichtungen, das Verschwinden von Menschen und Diskriminierungen, in Eritrea an der Tagesordnung seien. Bereits vor einem Jahr hatte der UN-Untersuchungsausschuss in einem ersten Bericht dieselben schweren Vorwürfe gegen die eritreische Regierung erhoben. Diesem Bericht werde allerdings von Eritrea-Kennern, wie auch Eritreern selber, heftig widersprochen. Nach der Veröffentlichung des ersten Berichtes demonstrierten z.B. am 22. Juni 2015 in Genf über 1.000 Eritreer aus ganz Europa gegen die Anschuldigungen des UN-

Untersuchungsausschusses. Sie forderten die Rücknahme der Wirtschaftssanktionen gegen ihr Land und auf Transparenten war zu lesen, "Respektiert Eritreas Souveränität", oder "Stoppt, Eritrea zu dämonisieren". Auch waren Bilder des eritreischen Präsidenten Afewerki mit Treuebekundungen wie "Wir sind er, er ist wir", zu sehen. Doch die UNO hatte für die Anliegen der protestierenden Eritreer kein Gehör. Wie übrigens auch die Leitmedien nicht, denn am Tag nach der Großdemo berichtete keine einzige Schweizer Tageszeitung darüber. Der deutsche freie Journalist und Buchautor Martin Zimmermann und der Honorarkonsul Eritreas in der Schweiz, Toni Locher, die seit Jahrzehnten regelmäßig Eritrea besuchen, gaben im Juli 2015 eine Schrift heraus, mit dem Titel: "Lasst uns in Frieden leben, Für Gerechtigkeit, Aufhebung der UN-Sanktionen und ein Ende der Diffamierungskampagne gegen Eritrea".

Darin wird aufgezeigt, wie politische Machtinteressen unter dem Deckmantel der "Menschenrechte", am Beispiel des UN-Untersuchungsberichtes, betrieben werden. Denn die Kommissionsmitglieder seien weder unabhängig, noch unparteiisch oder objektiv. Den deutlichsten Beweis dafür liefert Kommissionsmitglied Sheila Keetharuth, die früher Mitarbeiterin von Amnesty International war. Die Beziehungen von Amnesty International zu Eritrea sind nachhaltig gestört, seit Keetharuth 2006 des Landes verwiesen wurde. Die Problematik dieser Beziehung kommt eindeutig in einer von Amnesty International 2011 durchgesickerten Kurzmitteilung zum Ausdruck. Darin sollen die Mitarbeiter in benachbarten afrikanischen Hauptstädten, darunter auch Sheila Keetharuth, angewiesen worden sein, "in Eritrea für einen Regimewechsel wie in anderen afrikanischen und arabischen Ländern, wie

Online-Link: <a href="https://www.kla.tv/9367">www.kla.tv/9367</a> | Veröffentlicht: 12.11.2016



Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen und Bahrain, zu sorgen." Seit Eritrea 1993 unabhängig wurde, ist laut dem UN-Entwicklungsprogramm UNDP Folgendes zu verzeichnen:

Die Kindersterblichkeit sank um zwei Drittel und die Sterblichkeitsrate von Frauen bei der Geburt um 78%. Malaria ging um über 85% zurück und die Zahl der Tuberkulosetoten hat innert zwanzig Jahren um 61 Prozent abgenommen. Die Lebenserwartung stieg seit Eritreas Unabhängigkeit von 48 auf 63 Jahre. Heute verhungert niemand mehr in Eritrea. Hatte 1991 nur jeder 14. Einwohner Zugang zu sauberem Wasser, sind es heute knapp 80% der Bevölkerung.

Die Koordinatorin des UN-Entwicklungsprogrammes UNDP, Christine N. Umutoni, bezeichnete die Entwicklung Eritreas, als "vorbildlich für Afrika". Sie lobte vor allem die Fortschritte in der Gesundheitsversorgung. Das Land, so Umutoni, könne Afrika und dem Rest der Welt Lektionen erteilen.

Dieser Vorbildcharakter erklärt nebst geschichtlichen Fakten am ehesten, weshalb sich Eritrea "zwischen Krieg und Frieden" befindet.

Eritrea war nämlich eine Kolonie, zuerst der Osmanen, nach 1890 der Italiener und ab 1941 der Briten. Bei der Entkolonialisierung Anfang der 1960er-Jahre wollten die Vereinten Nationen dem kleinen Staat aber nicht die ersehnte Unabhängigkeit gewähren, sondern unterstellten ihn der Schirmherrschaft Äthiopiens. Nachdem Eritrea seine Eigenstaatlichkeit 1993 durch Befreiungskriege erkämpfte, ging es in Eritrea fünf Jahre wirtschaftlich bergauf, bis 1998 ein Grenzkrieg zwischen Eritrea und Äthiopien, ausgelöst durch äthiopische Truppen, ausbrach.

Laut Yemane Gebreab, Vorsitzender der eritreischen Regierungspartei, hatten auch in diesem Konflikt die USA die Finger mit im Spiel.

Damit hatte Eritrea zwar keine idealen Voraussetzungen für eine blühende und friedliche Zukunft. Doch ist es interessant, wie die eritreische Regierung diese Herausforderungen meisterte. Um das Land aufzubauen und gegenüber dem Nachbarn Äthiopien wehrhaft zu machen, hat die Regierung 1994 einen Nationalen Dienst, das ist ein allgemeiner Militär- und Arbeitsdienst in Verwaltung, Infrastruktur und Gesundheitswesen, eingeführt. Dieser Nationale Dienst ist zwar schlecht bezahlt und wird von vielen Flüchtlingen als Hauptgrund ihrer Flucht angegeben, hat aber große Erfolge für das Volk als Ganzes, wie der UNDP hervorhob.

Durch diese Gegenüberstellung der zwei gegensätzlichen Berichte von UN-Organisationen, ergibt sich ein anderes Bild der Lage in Eritrea. Darum ist es wichtig, sich immer auch die Gegenstimme anzuhören.

von mab.

# Quellen:

http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2016-15/artikel/doktor-tonis-mission--die-weltwoche-ausgabe-152016.html

http://www.honorarkonsul-eritrea.ch/

http://bazonline.ch/schweiz/standard/bundesrat-prueft-neues-engagement-in-

eritrea/story/22225673

http://www.profil.at/ausland/eritrea-land-aus-dem-die-meisten-fluechtlinge-kommen-5783764 http://www.giessener-zeitung.de/giessen/beitrag/104189/gibt-es-eritrea-zwei-mal/ Online-Link: www.kla.tv/9367 | Veröffentlicht: 12.11.2016



http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2014 45/artikel/eritrea-ist-besser-als-sein-ruf-die-weltwocheausgabe-452014.html

https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte Eritreas

http://www.auswaertiges-

amt.de/sid 240F9E5F220D975328EBBDC3483B7857/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Eritrea /Aussenpolitik node.html

Compact, Magazin für Souveränität, Ausgabe 10/2016, Artikel "Die Vaterlandsverräter" von Karel Meissner

http://www.srf.ch/news/international/die-uno-uebt-scharfe-kritik-an-eritrea

### Das könnte Sie auch interessieren:

#UNO - Hintergründe & Fakten zur UNO - www.kla.tv/UNO

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

## Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- → was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- → wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- → tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

### Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz: © Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden